

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/153

Bonn, den 15. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Das Fürchtet Walter Ulbricht</u> Die Fortsetzung einer konsequenter Friedenspolitik	56
2	<u>Englands Regierung für Herabsetzung des Wahlalters</u> Das Problem bleibt aber unstritten Von Dr. Günther Müller, MdB	47
3 - 5	<u>Die Entwicklung der Sozialrenten</u> Für Panikstimmung besteht kein Anlaß Von Wilhelm Reitz, MdB	125
<u>GLOSSE</u>		
6	<u>Wenn die Kreise kreissen</u> Information "aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen"	34

\* \* \*

## Das fürchtet Walter Ulbricht

### Die Fortsetzung einer konsequenten Friedenspolitik

G.M. - Walter Ulbricht stellt nach wie vor Bedingungen für die Zustimmung zu Gesprächen zwischen Ostberlin und Bonn. Das ist nicht neu. Ulbricht wird seine Forderungen sicher noch lange wiederholen.

Aber Ulbricht ist auch wandlungsfähig. Vor genau 20 Jahren nannte er den jugoslawischen Staatspräsidenten Tito einen "Verräter am Sozialismus und Agenten des amerikanischen Imperialismus". Schon seit geraumer Zeit spricht derselbe Walter Ulbricht nur noch von seinem "Freund Tito". Die Kommunisten in der CSSR wurden noch vor wenigen Wochen in der SED-Presse - also mit Wissen und Wollen von Walter Ulbricht - als "subversive Elemente" bezeichnet, die "westlichen Einflüssen unterliegen" und bereit sind, "das sozialistische Lager zu spalten".

In dem am Dienstag dieser Woche von Ulbricht und Dubcek gemeinsam unterzeichneten Kommuniqué von Karlsbad heißt es "die Verhandlungen der Delegationen der SED und der KPC trugen zum besseren gegenseitigen Verständnis bei, ihre Ergebnisse werden zweifellos zur weiteren Entwicklung der b r ü d e r l i c h e n Beziehungen zwischen der SED und der KPC, der DDR und der CSSR auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des sozialistischen Internationalismus, der Solidarität und der Achtung der S o u v e r ä n i t ä t führen." - Wie man sieht, kann sogar ein Walter Ulbricht anders.

Nun gibt es in der Bundesrepublik nicht wenige Politiker, die der Meinung sind, man dürfe nicht über die Zeit n a c h Ulbricht nachdenken. Einige von ihnen glauben sogar, man müsse panzerstark bleiben und jede Wandlung im kommunistischen Lager ignorieren. Solche Überlegungen zu Ende gedacht, würde bedeuten, daß die Bundesrepublik freiwillig eine Igelposition bezieht und sich den Anschein gibt, als könne uns die ganze Welt gleichgültig sein.

Einsichtige haben längst begriffen, daß deutsche Politik n i c h t so sein kann. Wenn lange Zeit als unerschütterlich gepriesene Machtblöcke und Dogmen in Ost u n d West zu wanken beginnen, ist es Pflicht der deutschen Politik dies bei ihren eigenen Betrebungen in Rechnung zu stellen.

Es besteht kein Zweifel, daß Walter Ulbricht gerade im Augenblick nichts so sehr fürchtet, als eine mit langem Atem versehene Bundesregierung, die beharrlich deutsche Beiträge zur Entspannung und Sicherung des Friedens in Europa zur Diskussion stellt und damit dem Friedensvorlangen der Völker dieses Kontinents entgegenkommt. Umgekehrt: Ulbricht würde sicher nichts Lieber sehen, als eine Bundesregierung, die sich provozieren läßt und sich einigelt.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, daß man in Ostberlin mit einer solchen Möglichkeit rechnete. Ulbrichts Wandlungsfähigkeit seit dem Beginn der Schimpfkanonaden in der SED-Presse auf Dubcek und seine Freunde bis hin zu dem oben zitierten Kommuniqué von Karlsbad ist jedoch der Ausdruck des für Ostberlin notwendig gewordenen Versuchs, der Isolierung zu entgehen.

Ob hierdurch für die Bundesrepublik sehr bald eine neue Situation entsteht, ist abzuwarten. In jedem Fall dürfte es für Ulbricht schwierig sein, den Drang der jungen Generation in a l l e n Völkern Europas zur Überwindung der politischen Nachkriegskrankheiten aufzuhalten.

## Englands Regierung für Herabsetzung des Wahlalters

Das Problem bleibt aber umstritten

Von Dr. Günther Müller, MdB

Nicht nur in der Bundesrepublik und in der USA, wo sich Präsident Johnson für eine Herabsetzung des Wahlalters ausgesprochen hat, findet eine ausgiebige Diskussion über diese Frage statt, auch in Großbritannien sind die Meinungen geteilt. Die britische Regierung hat vor fünf Monaten einem Unterausschuß des Unterhauses unter Vorsitz seines Sprechers Dr. Horace King beauftragt, Fragen der Wahlrechtsreform zu prüfen. Die Vorschläge des Ausschusses stießen nicht in allen Fragen auf die Gegenliebe der Regierung, die jetzt dazu Stellung nahm. Zwar sollen nun in Großbritannien in Zukunft auf den Wahlzetteln nicht nur die Namen der Kandidaten stehen, sondern auch die Parteibezeichnung, was bisher nicht der Fall war, ein Verbot von Veröffentlichungen von Umfrageergebnissen an den letzten drei Tagen vor der Wahl hält die Regierung jedoch nicht praktikabel. Obwohl die Regierung durch eine Verlängerung der Öffnungszeit der Wahllokale bis 22 Uhr keine wesentliche Erhöhung der Wahlbeteiligung erwartet, will sie diesen Vorschlag der Unterhaus-Kommission übernehmen.

In der Frage des Wahlalters geht die Regierung über den Vorschlag der Parlamentskommission hinaus, die eine Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre befürwortete. Innenminister Callaghan erklärte, daß die Regierung eine Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre vorschläge. Er wies in diesem Zusammenhang daraufhin, daß die Regierung bereits die Empfehlungen eines anderen Ausschusses, der von dem Richter am Obersten Gericht, Justice Lacey, geleitet worden war, akzeptiert hatte, das Volljährigkeitsalter auf 18 Jahre herabzusetzen. Der Innenminister meinte, es sei unlogisch, dem jungen Bürger ab 18 Jahre das Recht, Verträge abzuschließen und zu heiraten, zu gewähren, ihm jedoch das Recht, seinen Abgeordneten zu wählen, zu verweigern.

Diese Meinung der Regierung ist in Großbritannien nicht unumstritten. Von verschiedenen Seiten wird darauf hingewiesen, daß man erst einmal die Erfahrungen mit der Einführung der Volljährigkeit ab 18 Jahren hätte abwarten sollen. Die Konservativen argwöhnen, daß die Wahlrechtsänderung einseitig der Labourparty zugute kommen würde, da die jüngeren Leute ihr eher zuneigten. Bei rund drei Millionen neuer Wähler hätte eine solche Änderung zu große Bedeutung.

Die Regierung hat diese Kritik mit Gelassenheit hingenommen und betont, daß sie die Herabsetzung des Wahlalters, die bereits im Labour-Wahlprogramm angekündigt war, auf jeden Fall durchführen wolle.

Zwei Themen dürften in diesem Zusammenhang auch für die deutsche Diskussion interessant sein: Ohne Zweifel wird man in der Bundesrepublik nicht das Wahlalter herabsetzen können, ohne auch die Volljährigkeit herabzusetzen. Dieser Bereich ist bei denjenigen, die aktuell laut von der Herabsetzung des Wahlalters sprechen, vernachlässigt worden.

Der zweite Punkt, der zu denken gibt, ist die Tatsache, daß nach Meinungsumfragen in Großbritannien die ganz jungen Wähler dazu neigen, ihre Stimmen auf verschiedene Parteien zu zersplittern. In Schottland und Wales, wo es neue nationalistische Parteien gibt, sollen mehr als die Hälfte der ganz jungen Wähler diesen Parteien zuneigen.

## Die Entwicklung der Sozialrenten

### Für Panikstimmung besteht kein Anlaß

Von Wilhelm Reitz, MdB

Wird die gesetzliche Rentenversicherung in der Bundesrepublik in gewisse Schwierigkeiten kommen? Wenn wir davon ausgehen, daß nach den Berechnungen des Bundesarbeitsministeriums 1972 ein Minus von mehr als fünf Milliarden DM auftauchen wird, muß dann nicht etwas geschehen? Das ist eine Frage, die heute viele bewegt.

Die Schwierigkeiten, von denen man jetzt spricht, sind den Sozialpolitikern seit langem bekannt. Sie sind nämlich im Altersaufbau unseres Volkes begründet, den der Deutsche Bundestag selbstverständlich schon im Jahre 1957 bei der Rentenreform gekannt hat. Das Material, das der Bundesarbeitsminister auf Anforderung des Sozialpolitischen Ausschusses vorgelegt hat, ist sehr interessant.

### Erhard's Erbe

Ich muß aber dazu eine Bemerkung machen: Jene Fehlbeträge von insgesamt etwas über fünf Milliarden bis zum Jahre 1972 sind faktisch eine Auswirkung der von der Erhard-Regierung hinterlassenen Finanzmisere, denn die 1957 gesetzlich bei der Rentenreform festgelegten Bundeszuschüsse sind im Zusammenhang mit den Bemühungen, die Finanzmisere 1966/67 zu überwinden, gekürzt worden. Für die Jahre 1968 bis 1972 sind die Bundeszuschüsse zum Ausgleich des Bundeshaushaltes um insgesamt sechs Milliarden DM gekürzt. Das heißt, die Fehlbeträge von 1968 bis 1972 in Höhe von 3,1 Milliarden DM sind geringer als das, was die Rentenversicherung im Wege der Überwindung der Finanzmisere an geringeren Bundeszuschüssen erhalten hat. Das ist für die Finanzgestaltung der Rentenversicherung "kein Frost", gibt aber eine Begründung dafür, daß prinzipiell die Rentenversicherung gut fundiert ist.

Wir haben im Jahre 1957 bei Beginn der Rentenreform ein Vermögen der Rentenversicherung von rund 9 Milliarden DM gehabt. Beide Zweige, Arbeiter- und Angestelltenversicherung zusammen, werden nach den Vorausberechnungen, die der Bundesarbeitsminister mit den anderen Ressorts abgestimmt hat, trotz des Rückstandes von 3,1 Milliarden DM Ende 1972 noch ein Vermögen von 24 Milliarden DM haben - ungeachtet der weiteren Rentenanpassungen. Keineswegs ist die Lage, wie man aus einigen Meldungen schließen mußte, katastrophal oder auch nur besorgniserregend, wenn man die gesamte Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten zusammen betrachtet.

### Über den Rentenberg

Ein Wort hinsichtlich des sogenannten Rentenberges: Wir werden bis zum Jahre 1972 den größten Teil des Rentenberges bereits bewältigt haben. Auf hundert Pflichtversicherte entfielen im Jahre 1959 37 Rentner (Versicherten- und Witwenrentner). Nach den Berechnungen, die der Bundesarbeitsminister vorgetragen hat, werden im Jahre 1972 auf 100 Versicherte 46 Rentner entfallen. Der Höhepunkt des Rentenberges wird im Jahre 1975 mit 47 auf 100 versicherte Rentner erreicht sein. Das heißt, wir haben von 1959 bis zu dem Zeitpunkt, für den diese Vorausberechnung angestellt ist, einen Rentenberg von 37 bis 46 Rentner auf 100 Versi-

cherte zu bewältigen.

Das Entscheidende aber ist, daß vom Jahre 1975 an die Zahl der Rentner, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, nach allen Vorausberechnungen rückläufig abfallen wird. Das heißt, 1975 sind wir voll über den Rentenberg hinaus, und deshalb sehe ich für eine Panikstimmung nicht den geringsten Anlaß. Die Berechnungen, die der Bundesarbeitsminister vorgelegt hat, basieren auf einer Fortdauer der bruttolohnbezogenen Rente. Um das an einer Zahl zu verdeutlichen: Eine laufende Rente, die am 31. Dezember 1967 100 DM betragen hat, wird bis Ende 1972, dem Zeitpunkt, bis zu dem diese Vorausschätzungen vorliegen, 137 DM ausmachen, das heißt, sie wird innerhalb dieses Zeitraumes um 37 Prozent gestiegen sein. Das ist bei den Vorausschätzungen bereits berücksichtigt, und deshalb muß ich nochmals sagen, die finanzielle Entwicklung stellt den Bundestag vor erhebliche Probleme, aber wenn wir gleichzeitig berücksichtigen, daß bei dem Zahlenmaterial eine volle lohdynamische Rente gewährleistet werden soll, ist die Gesamtperspektive nicht negativ.

#### Einschränkung der Dynamik

Nun wird gefragt: Ist es dann nicht möglich, die Dynamik etwas einzuschränken, das heißt, die Renten etwas geringer zu erhöhen, dann spart man doch eine ganze Menge? Ja, man spart auf Kosten der Rentner, aber mit solchen Regelungen, die zu Lasten der Rentner gehen würden, kann ich auf gar keinen Fall einverstanden sein.

Im Übrigen möchte ich zum Vermögen der Rentenversicherung etwas sagen. Das Vermögen ist angesammelt worden in den Jahren des wirtschaftlichen Aufschwunges. Es ist kein Selbstzweck, sondern es hat den Sinn, für Zeiten, die schwierig sind, einmal in Zusammenhang mit dem Altersaufbau und mit der jetzt erfreulicherweise überwundenen Rezession ein Fettpolster zu bilden. Wenn also das Vermögen um fünf Milliarden DM abgeschmolzen wird und Ende 1972 nach den Vorausberechnungen immer noch 24 Milliarden betragen wird, so kann ich das nicht als eine besenkliche Entwicklung bezeichnen, denn es ist Sinn und Zweck der Vermögen, für die Aufgaben der Versicherung in schwierigen Zeiten - und die Bewältigung des Altersaufbaues ist eine solche schwierige Zeit - bereitzustehen.

#### Die Lage der Rentenversicherung

Wie sieht die Lage der Rentenversicherung insgesamt aus? Nach den Vorausberechnungen wird das Vermögen der Rentenversicherung der Arbeiter von gegenwärtig etwa 15 Milliarden DM bis zum Jahre 1972 auf rund drei Milliarden DM absinken, das Vermögen der Angestelltenversicherung aber von gegenwärtig 14 Milliarden DM auf rund 21 Milliarden DM ansteigen. Es ergibt sich also eine völlig unterschiedliche Finanzentwicklung zwischen der Rentenversicherung der Arbeiter und der

der Angestellten. An den unterschiedlichen Institutionen der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten wird man nichts ändern, aber die Frage, vor die das Parlament gestellt ist, ist die, ob nicht zwischen den Trägern der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten, beispielsweise durch die gewährten Bundeszuschüsse, ein finanzieller Ausgleich gesucht werden muß.

Man muß weiterhin den Grundsatz gleiche Beträge und gleiche Leistungen für alle Versicherten, also für alle Arbeiter und Angestellten, finanziell gewährleisten. Die Verwirklichung dieser Aufgabe stellt das Parlament vor eine Reihe schwieriger Probleme, aber ich bin sicher, daß wir sie lösen werden, im Interesse der Gesamtheit der Versicherten und im Interesse der Rentner.

In diesem Zusammenhang taucht die Frage auf: Wird man an weiteren Beitragserhöhungen nicht vorbeikommen und ist es dann nicht im Grunde doch so, daß die Renten insgesamt in Gefahr gekommen sind? Das Letzte möchte ich ganz entschieden bestreiten. Die Rentenversicherung ist finanziell stabil und auch finanziell solide bei einem Vermögensstand, der 1957 neun Milliarden DM betragen hat und nach den Vorausberechnungen 1972 24 Milliarden DM betragen wird. Welche Entscheidungen der Gesetzgeber später in der Beitragsfrage treffen wird, das mag man noch nicht zu sagen.

#### Der Gesetzgeber entscheidet

Wir haben die Bundesregierung gebeten, uns auch das Zahlenmaterial von 1972 bis 1975 zur Verfügung zu stellen. Dann wird der Gesetzgeber seine Entscheidungen treffen, die wesentlich davon beeinflußt sein werden, wie die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung gestaltet werden. Die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung sind ja für die Jahre 1968 bis 1971 gekürzt worden und ruhen teilweise. Ich hoffe, daß sie von 1972 an wieder nach dem geltenden Recht gewährt werden. Unter Berücksichtigung dieser Bundeszuschüsse wird dann der Gesetzgeber bei der Beratung des Rentenfinanzierungsgesetzes frühzeitig auch seine Vorschläge über die Beitragsgestaltung nach 1971 treffen.

Trotz der erheblichen Probleme, die der Altersberg unseren ganzen Volk stellt, besteht kein Anlaß, an der finanziellen Solidität der Rentenversicherung zu zweifeln, und besteht weder für die Rentner noch die aktiv im Arbeitsleben stehenden Anlaß zur Sorge über ihre spätere Altersversicherung. Über ihre dynamische, lohnbezogene Rente, so lange die SPD ein entscheidendes Wort im Parlament mitzureden hat. Daß gewisse Kreise - auch Parteien - an einer Weiterentwicklung der Rentenleistung nicht interessiert sind, ist doch nichts Neues. Auch von dieser Seite kommen doch die Unkenrufe.

GLOSSE

Wenn die Kreise kreissen

B.K. - Seit einiger Zeit hat sich in der politischen Publizistik der Bundesrepublik eine Redewendung eingebürgert, die zwar ganz nett klingt, aber wenig besagt. Fast jeden Tag liest oder hört man irgendwo, "politische Kreise" seien dieser oder jener Meinung oder in "diplomatischen Kreisen" vermute man, daß demnächst dies oder jenes passieren werde. Der Journalist weiß, daß diese Umschreibung eines nicht genannten Informanten oft nur seine eigene Vermutung ist. Der unbefangene Zeitungsleser dagegen kann sich - wenn er will - etwas sehr Bedeutsames darunter vorstellen.

Noch schöner wird die Sache, wenn man liest oder von einem Rundfunkkommentator gesagt bekommt, "Führungskreise" der einen oder anderen Partei, Wirtschaftsgruppe oder Gewerkschaft seien der Meinung, man müsse demnächst dies oder jenes tun. Nun kann der Leser oder Hörer sich ausrechnen, wer wohl zu einem "Führungskreis" gehören mag. Kreise sind bekanntlich rund. Es gibt kleine, mittlere und große Kreise. Je nach Belieben, Neigung und Kenntnissen wird der Zeitungsleser oder Rundfunkhörer nun genau feststellen können, aus welchem "Kreis" eine Information kommt.

Frägt man den Verfasser einer solchen Meldung nach dem Ursprung, dann kann er in jedem Fall geheimnisvoll nicken, mit der Hand einen Kreis beschreiben und schmunzelnd andeuten, daß es auch noch andere Kreise gäbe, die der gleichen Meinung seien, wie jener Kreis, den er gemeint habe.

Schließlich wird meist aus solcher "Information" dr. Karussell. Da ist irgendetwas, das sich im Kreise dreht, mal langsamer und mal schneller, auf jeden Fall aber im Kreise. Die betroffenen Kreise blicken sich im Kreise um, verdächtigen einander, daß der Nebenmann in dem bewußten Kreis der Informator ist, schütteln sich dann aber gewöhnlich aufatmend die Hände, wenn ein Journalist dazukommt und beteuert, er habe einen ganz anderen Kreis gemeint...

So ist das also mit unseren Kreisen. Sie kreisen, kreisen und kreisen immer wieder. Zum Schluß kreissen sie dann auch noch und dann ist eine "harte" Information geboren, von der man wiederum nur weiß, daß sie "aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen" kommt.